

Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden Willi Kloppenburg am 26.03.2012

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren,

die Finanzlage des Kreises hat sich gegenüber dem letzten Haushalt nicht verbessert, im Gegenteil.

Die nicht refinanzierten Vorgaben aus EU, Bund und Land sind nicht weniger geworden.

Die Städte im EN-Kreis sind bis auf Breckerfeld unterfinanziert bzw. pleite.

Der sogenannte Stärkungspakt des Landes NRW erweist sich für einige Städte als Mogelpackung. Die paar Millionen zum Schuldenabbau werden durch knebelnde Sparauflagen zunichte gemacht.

Ich führe hier nur das Beispiel meiner Heimatstadt Witten an:

Nach Schließung von bereits drei Zweigstellen der Stadtbüchereien, drei Sportplätzen, einem Stadtbad, drei Lehrschwimmbecken, fünf Jugendzentren (es gibt nur noch einige Treffs), einiger Grundschulen und einer Hauptschule steht Witten genauso verschuldet da wie vorher. Dazu kommen noch die maroden öffentlichen Gebäude und sanierungsbedürftigen Straßen.

Selbst wenn alle sozialen Einrichtungen geschlossen würden, wird Witten nicht schuldenfrei sein.

Eine wirksame Änderung könnte dann herbei geführt werden, wenn sich Kommunen auf Landes- und Bundesebene dafür einsetzen, dass Umschichtung von Steuern zugunsten von Städten und Kreisen vorgenommen würden. Dies ist mehr als notwendig, damit die Gemeinden ihre Aufgaben zum Wohle ihrer Bürger erfüllen können.

Nicht ganz unschuldig an dieser Misere sind auch der deutsche Städtetag und der Landkreistag, die die Situation zwar erkannt haben aber bei Bund und Land sich nicht energisch genug für ein ausreichendes Gemeindefinanzierungsgesetz eingesetzt haben. Es kann nicht sein, dass eines der reichsten Länder der Welt einen Großteil seiner Städte verarmen lässt, Privatbanken jedoch stützt und sie vor der Pleite rettet.

Auch im privaten Bereich werden sich zukünftig weitere Verarmungstendenzen zeigen, die ihre Ursache ebenfalls in einer gewollt ungerechten Gesetzgebung haben. Die von der rot-grünen Regierung verabschiedeten, deregulierenden Gesetze zur sogenannten Reform des Arbeitsmarktes (Hartz IV, Leiharbeit, Zeitarbeit, Minijob, Aufstocker, und die von der jetzigen Regierung vorgenommene Streichung des Rentenbeitrages für ALG II-Empfänger) werden in absehbarer Zeit zu einer Altersarmut breiter Bevölkerungsschichten führen. Das ist keine Schreckensvision, keine Meinung spinnerter Linken, das ist Realität, die niemand bestreiten kann.

Ich möchte Ihnen ein Zitat eines aufmerksamen Zeitungslesers näher bringen. Der Leser Achim Hess aus Gelsenkirchen schrieb im Februar einen Leserbrief in der WAZ zur Altersarmut:

„So ist das nun mal bei uns, die Reichen plündern die Armen aus und die Regierung wacht darüber, dass sich nichts ändert!“

Trotz all dieser gravierenden Fehlentwicklungen befinden wir uns im EN-Kreis noch in der Lage, Zuwendungen für soziale Verbände und Einrichtungen von größeren Streichungen auszunehmen. DIE LINKE hätte aufgrund des gestiegenen Bedarfs gerne höhere Finanzausweisungen gesehen.

Gut angelegt ist das Geld für das Gutachten zur Erstellung eines Schulentwicklungsplanes für den Ennepe-Ruhr-Kreis. Es ist für die Verwaltung notwendig, Planungssicherheit für die kommenden Jahre zu haben. Es werden bei den Schulanmeldungen zu den weiterführenden Schulen nach wie vor zu viele Schüler abgelehnt, besonders betroffen sind hier die Interessenten für die Gesamtschulen. Hier muss sich etwas ändern, da hilft auch nicht die neu eingerichtete Sekundarschule als Kompromiss.

Ein anderes leidiges, immer wiederkehrendes Thema ist die Anlieferung von ‚Restmüll‘ per Kofferraumladung an der Umladestation für teure € 20,-. Diese Gebühr muss sinnvollerweise gestrichen werden.

Die Kosten für den Privathaushalt pro Kofferraumladung führen nicht zu einem sorgsamem Umgang mit Abfall oder gar zur bewussten Müllvermeidung. Ganz im Gegenteil, die Kosten treiben immer mehr Zeitgenossen zur gewissenfreien, illegalen und für die Gemeinden teuren Entsorgung in der Natur.

Das Betriebsamt der Stadt Witten hat allein im vergangenen Jahr ca. 500 sogenannte ‚Müllecken‘ für schlappe € 80.000,- beseitigt.

Beispielsweise stört mich persönlich schon lange die Abladung von Gartenabfällen auf einer Fläche von ca. 100 m² längs am Wanderweg in Wetter-Esborn. Diese Fläche wächst kontinuierlich an.

Der Leiter des Fachbereichs VI dachte eine Greencard an. Bei privater Anlieferung von Grün-, Strauch- und Baumschnitt für die neue Biogasanlage oder die Umladestation sollen dem Anlieferer € 5,- in Rechnung gestellt werden.

Auch dies ist so nicht hinzunehmen. Bei einer Verwendung in der Biogasanlage muss der Grün-, Strauch- und Baumschnitt als Wertstoff betrachtet werden, der für den Anlieferer mindestens kostenfrei entgegen genommen, oder gar dem Anlieferer vergütet werden müsste. Hier besteht dringender Denk-

und Handlungsbedarf, soll die Biogasanlage erfolgreich mit den angedachten 25.000t energietragenden Wertstoffs pro Jahr bestückt werden.

Ich möchte abschließend stichpunktartig, als Anregung zu weiterführenden Gedanken jedes Einzelnen, weitere wichtige Themen nennen, die uns in Zukunft beschäftigen und den Kreishaushalt belasten werden.

- Bildung in der inkludierten Schule, ihre Bedingungen und ihre notwendige personale und sächliche Ausstattung
- Gasförderung mittels ‚Fracking‘
- Energiewende
- Finanzierung des ÖPNV
- Ikea Homepark
- Derivatgeschäfte
- Job-Center

Hierzu wünsche ich uns allen eine kompetente und glückliche Hand zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger des Ennepe-Ruhr-Kreises.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit